

Keine Ruhe im Oberdorf

Anlieger wehren sich weiter gegen Straßenausbaupläne

VON JACQUELINE RASCH

BORNHEIM-ROISDORF. Die Kritik an den Ausbauplänen für den Oberdorfer Weg in Roisdorf ist so alt wie die Pläne selbst, denen der Stadtentwicklungsausschuss schon Mitte 2016 zugestimmt hatte. Protest, vor allem an den Kosten, regte sich schon während der ersten Bürgerinformation, dann wieder, als sich auch der Stadtrat mehrheitlich für den Vollausbau entschied. Jetzt hat sich die Anliegergemeinschaft Roisdorf-Oberdorfer Weg um ihren Sprecher Björn Reile erneut mit einem offenen Brief an die Bürger sowie Rats- und Ausschussmitglieder gewandt. „Die Stadt blockiert unsere Wünsche“, ärgert sich Reile.

Zur Erinnerung: Kanal und Straße – im Oberdorfer Weg ist beides gerade. Wie dringend

wasser nicht in ihre Einfahrten läuft. Die Fahrbahnen weisen Risse und Verdrückungen auf, Fahrbahnränder sind abgebrochen.

Weil der Kanal auf der Grundlage des Generalentwässerungsplanes ohnehin erneuert werden muss, erhoffen sich die Planer Synergieeffekte, wenn die Straße dann auch gleich ausgebaut wird. Eine Fahrbahnbreite von 5,50 Metern mit ein- oder beidseitigen Gehwegen, wo sie möglich sind, schwebt den Planern vor. Dazu müssten sie in die Privatgrundstücke eingreifen.

Genau das stößt aber auf Widerstand. „Ein Zukauf von 400 Quadratmetern für den Ausbau einer Ortsausgangsstraße ist übertrieben“, findet Björn Reile, der jetzt auch stellvertretender Vorsitzender der



Beidseitige Gehwege sieht die Ausbauplanung am Oberdorfer Weg dort vor, wo sie möglich sind. Viel zu aufwendig für vielleicht 20 bis 25 Fußgänger täglich, sagen die Anwohner. (Archivfoto: Kehrein)

beides marode. Wie dringend der Kanalbau ist, hatten Tiefbauexperten des Ingenieurbüros Schmidt (Bad Honnef) während einer Anwohnerversammlung deutlich gemacht. Trinkwasserleitung und Mischwasserkanal liegen demnach zum Teil nur 25 Zentimeter unter der Straßendecke, langfristig würden sie beschädigt. Außerdem sind die Rohrdurchmesser zu gering, um ein sogenanntes 20-jähriges Regenereignis aufnehmen zu können. An der Straße sind die Bordsteine zu niedrig oder gar nicht vorhanden, Anwohner helfen sich schon mit Dammbalken, damit Regen-

Aktiven Bürger Bornheim (ABB) ist. Die Anlieger seien bereit, Grundstücke in einem sinnvollen Umfang an die Stadt abzutreten, nicht aber „für einen überflüssigen Luxus-Ausbau mit zwei Bürgersteigen“.

Gemeinsam mit Frank Koch, Sprecher der Anliegergemeinschaft Donnerstein-West, habe man erreicht, dass der Straßenausbau am Donnerstein als Zufahrt für ein winziges Baugebiet in Hanglage ruht. Die Kosten hätten einige der elf Anwohner finanziell in die Knie gezwungen. Der Ausbau am Oberdorfer Weg ist aber seit September beschlossene Sache.

Daher gibt es für Bornheims Ersten Beigeordneten Manfred Schier auch keinen Anlass für die wieder aufgeflammete Debatte. Er habe großes Verständnis „für die persönliche emotionale Lage der Menschen, die seit Jahrzehnten an der Straße wohnen“, aber das Verständnis reduziere sich, „wenn sich der Ausbau äußerst zurückhaltend bewegt“. Die fraglichen Geländestreifen seien bereits in den 1970er Jahren abgegrenzt worden, weil sie schon damals für einen Ausbau vorgesehen worden waren. Die Stadt strebe einen

„angepassten Ausbau“ an. Schier: „Davon wesentlich abzuweichen, dafür fehlt mir ein wenig das Verständnis.“ Straßenbau sei nun mal „keine Frage von Zusammensitzen und ein bisschen Planen“. Dafür gebe es Vorschriften. Die Bereitschaft der Anlieger, Flächen abzugeben, sei offenbar nicht gegeben, wenn die Straße nicht so ausgebaut wird, wie sie möchten.

Und was geschieht mit Kanal und Straße an brenzligen Stellen, wenn die Positionen weiter unversöhnlich sind? Schier dazu: „Dann wird zuerst der Ka-

nal gebaut und die Straße darüber auf dem heutigen Niveau befestigt.“ Ein Ausbau würde erst später folgen. Das habe für das Baugeschehen natürlich Nachteile.

Den Rechtsweg zu gehen ist für beide Seiten nicht unwahrscheinlich. Bis zu einer Entscheidung könnten „einige Jahre ins Land gehen“, so Björn Reile, so lange könnte die Straße nicht gebaut werden. Die Stadt wiederum könnte sich bei der Bezirksregierung um eine Enteignung – im Verwaltungsjargon Besitzeinweisungsverfahren – bemühen.